

Bund kassiert kräftig mit Emissionsrechten

KLAUS STRATMANN | BERLIN

Der Emissionshandel entwickelt sich zur beachtlichen Geldquelle. „Es zeichnet sich ab, dass der Bund Ende des Jahres mindestens eine Milliarde Euro eingenommen haben wird“, sagte Jürgen Hacker, Vorsitzender des Bundesverbandes Emissionshandel und Klimaschutz (BVEK), dem Handelsblatt. Der Betrag liegt weit über den Prognosen: Im Haushalt 2008 sind nur 400 Mill. Euro veranschlagt. Dieser Betrag steht Umweltminister Sigmar Gabriel (SPD) zu. Die Zusatzeinnahmen sorgen bereits jetzt für Begehrlichkeiten.

Bis Ende 2007 wurden die Emissionszertifikate ausnahmslos kostenlos zugeteilt. Mit Beginn der zweiten Handelsperiode im Jahr 2008 wurde ein Systemwechsel eingeleitet: 40 Mill. von insgesamt 453 Mill. jährlich zur Verfügung stehenden Zertifikaten werden nicht mehr verschenkt, sondern verkauft. Der Bund hat die KfW mit der Abwicklung des Verkaufs beauftragt. Sie verkauft die 40 Mill. Zertifikate börsentäglich in klei-

nen Mengen an der European Climate Exchange (ECX) in London und der Leipziger European Energy Exchange (EEX). Die Erlöse übertreffen alle Erwartungen. Das Bundesumweltministerium hatte mit zehn Euro je Zertifikat kalkuliert. Tatsächlich jedoch veräußert die KfW die Zertifikate zu deutlich höheren Preisen. Anfang des Jahres lagen sie bei durchschnittlich 21 Euro, im April bereits bei 24,25 Euro. Die Einnahmen summierten sich laut Bundesumweltministerium bis Ende April auf 335 Mill. Euro. Bis dahin wurden aber erst 15 Mill. der 40 Mill. Zertifikate verkauft.

Für die Zusatzeinnahmen gibt es noch keine konkreten Pläne. In Regierungskreisen hieß es allerdings, das Umwelt- und das Entwicklungshilferessort stritten sich bereits um den Zugriff auf das Geld. Die bislang veranschlagten 400 Mill. Euro sind dagegen bereits fest für nationale und internationale Klimaschutzinitiativen verplant.